

Zivile Koalition e.V. - Beatrix von Storch
Zionskirchstr. 3 - 10119 Berlin



Berlin, den 1. August 2013

Sehr geehrte 

der letzte Euro-Minister, Jean-Claude Juncker, hat mal gesagt: "Wenn es ernst wird, muß man lügen." Aber es geht auch anders. EU-Kommissionspräsident Barroso hat ganz ehrlich zugegeben, eine Expertengruppe eingesetzt zu haben, um die von unserer Bundeskanzlerin auch so abgelehnte Einführung von Eurobonds zu prüfen. Die Brücke für die Beruhigung der deutschen Öffentlichkeit zur Akzeptanz der Eurobonds ist schon gebaut. Die Eurobonds heißen nicht Eurobonds. Die heißen jetzt Eurobills. Frau Merkel braucht die Brücke nicht, sie braucht eher eine Brille, denn sie hält rote Linien meist für Zebrastrifen.

Der Wunsch der Südstaaten nach Eurobonds, also gemeinschaftlicher Kredite auf Rechnung vornehmlich Deutschlands, verstärkt sich in dem Maße, in dem die Reformen in ihren Ländern scheitern. Denn so steigt gleichzeitig sowohl ihr Bedarf nach immer neuen Krediten als auch die Abneigung der Gläubiger, diese Kredite zu geben. Die Zinsen werden anziehen. Wenn Deutschland mithaftet, ziehen sie etwas weniger an, erstmal.

Auch die Eurobonds sind ein weiterer großer Schritt in die Abschaffung unserer staatlichen Souveränität. Immer drängender ist dem Einhalt zu gebieten bzw. das Volk zu befragen. Wir fordern in aller Klarheit ein EU-Referendum, in dem wir, das Volk, über diese Frage entscheiden: Wollen wir den EU-Zentralstaat? Wollen wir Deutschland abschaffen? Wollen wir uns einer (englisch- oder französischsprachigen?) Regierung unterstellen, die mit italienischen und spanischen Mehrheiten unser Leben regelt?

Nutzen wir die anstehende Bayernwahl und zwingen den um seine Mehrheit ringenden Ministerpräsidenten Seehofer zu einem klaren Bekenntnis.

Bitte senden Sie die anbeiliegende Postkarte an Seehofer unterschrieben an uns zurück. Fordern wir damit zu tausenden Herrn Seehofer auf, sich klar und unmißverständlich für die Einführung eines EU-Referendums einzusetzen. Ich werde einen Termin zur Übergabe der Postkartenpetition einfordern. Und wenn Sie der Meinung sind, die Arbeit der Zivilen Koalition zum Aufbau einer starken Bürgerrechtsbewegung sollte weitergehen und gestärkt werden, dann liegt genau das in Ihrer Hand: wenn Sie spenden, geht es weiter. 25, 50, 75 Euro. Ihr Beitrag ist der, auf den es ankommt. Wir haben keine Großspender und keine Steuermittel,

aber Strom-, Telefon- und Druck-, Programmier-, Hilfsarbeiter- und Graphikerkosten, Ausgaben für Büromiete, Computer, Drucker, Server, Faxgerät und vieles mehr. Jeden Monat. Sie sind unser größter Spender.

Die bisherige Kampagne zur Durchsetzung eines EU-Referendums hat gezeigt, wie effektiv es ist, wenn wir uns als Bürger außerhalb des Parlamentes formieren: Die CSU-Landesgruppe sah sich gezwungen zu antworten und zwar ganz offiziell und ausdrücklich im Namen aller CSU-Abgeordneten des Bundestages. Sie schreibt:

“Aus Sicht der CSU-Landesgruppe kommt die Einführung eines bundesweiten Volksentscheides für hervorgehobene europapolitische Entscheidungen von besonderer Tragweite durchaus in Betracht. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sollten mit Hilfe eines Volksentscheides unmittelbar entscheiden dürfen, wenn beispielsweise die Übertragung wesentlicher Kompetenzen auf die EU, der Beitritt weiterer Länder oder die Übernahme erheblicher Finanzdienstleistungen bei der Bewältigung der Krise der Eurozone bevorsteht.”

Das ist eine – gemessen am üblichen Politikersprech – recht klare Aussage, die so von einer Unionspartei auch nicht unbedingt zu erwarten war. Aber darauf können und werden wir die Damen und Herren CSU-Bundestagsmitglieder ab dem 23. September festnageln und ebenso zügige wie konkrete Umsetzungsmaßnahmen einfordern. Die Positionierung der etwaig neu in den Bundestag einziehenden Kandidaten fragen wir im Rahmen der in meinem letzten Schreiben angekündigten Kandidatenbefragung gerade ab. Ein aufwendiges Unterfangen – aber wir sind dran. Dank Ihrer Hilfe, ich kann das nicht oft genug wiederholen.

Im Parlament selbst wird die Aktion eine klare Stimme haben, meine! Ich trete als Direktkandidatin der Alternative für Deutschland in Berlin-Mitte an und stehe auf der Berliner Landesliste auf Platz 2. Wenn Sie die AfD mit der Zweitstimme wählen, kann ich für Sie im Parlament aktiv werden. Ich werde der Zivilgesellschaft wieder ihre Stimme zurückgeben.

Die von Ihnen zu tausenden unterschriebene Postkarte an Bundestagspräsident Lammert mit der Aufforderung, sich zu EU-Referenden zu bekennen, habe ich diesem persönlich übergeben wollen. Auf meine Terminanfrage erhielt ich eine Absage – ohne Begründung. Ich habe dagegen ausdrücklich protestiert. Unsere Nachricht ist dennoch unmißverständlich angekommen. Wir werden nachlegen. Jeden Tag gibt es dazu neue Gründe:

Regierung und Opposition haben uns bei jedem neuen Rettungspaket versichert, daß Dank Fiskalpakt und klarer Regeln die Schuldenprobleme der Krisenländer bald gelöst sind. Die zulässigen Defizite (= zusätzliche neue Schulden) seien begrenzt und so bliebe das Risiko der Bürgen überschaubar. Aber alle Rettungspakete und alles von der EZB zusätzlich gedruckte Geld, soviel ist klar, lösen die Probleme der Krisenstaaten nicht. Das Geld kauft nur Zeit, die zur Problemlösung (sparen und reformieren) genutzt werden sollte – aber nicht wird.

Dabei ist es egal, ob die Länder nicht in der Lage oder nicht willens sind, ihren Kurs zu ändern. Bei Griechenland mangelt es übrigens – offiziell bestätigt – an beidem. Da sich die Rettungspolitiker aber nicht dem Wert des Euros, sondern der geographischen Stabilität der Eurozone verschrieben haben, sind sie der Erpressung mit Austritt hoffnungslos ausgesetzt. Die Griechen wissen das.

Frankreich spielt sicher eine Sonderrolle. Seit faktischer Einführung des Euro hat Frankreich seine Staatsschulden vervierfacht. Wenn die Zinsen auf das seinerzeitige Niveau zurückkehren, droht der Staatsbankrott. Nur noch 41 % der Franzosen stehen der EU positiv gegenüber und nur noch 22 % meinen, Frankreich profitiere von der europäischen Integration.

Frankreichs Altruismus ist – anders als der deutsche – begrenzt. Folgerichtig ist der Front National (FN) unter Le Pen in den Umfragen inzwischen gleichauf mit den großen Volksparteien UMP und Sozialisten. Le Pen fordert den Austritt Frankreichs aus dem Euro und ein Referendum zum Verbleib in der EU. Spannend.

Unter Frankreichs Druck streicht die EU-Kommission jetzt auch die Sparvorgaben. Mehr Schulden sind erlaubt, wenn die Staaten belegen, dass "höhere Staatsausgaben kurzfristig nötig sind, um einen positiven, direkten und überprüfbaren Langzeit-Effekt auf den Haushalt zu erzielen". Was sind "höhere" Staatsausgaben? 500 Mrd.? Was ist "kurzfristig"? 30 Jahre? Was ist ein "Langzeit-Effekt"? Einer in 100 Jahren? Und was für ein "Effekt" überhaupt? Es wird kein Halten mehr geben. Wer zahlt am Ende wohl die Zeche? Spanien? Frankreich? Malta? Oder doch eher Deutschland?

Die Defizite kleinerer Länder wie Zypern, Griechenland und Portugal kann man ja noch irgendwie wegdiskutieren. Wenn aber der Sozialist Hollande seine segensreiche Politik fortsetzt und dafür unsere "Solidarität" anmahnt, weil er "kurzfristig" etwas "höhere Staatsausgaben" tätigen will, um einen "Langzeit-Effekt" für den französischen Haushalt zu erreichen und dafür am Markt keine finanzierbaren Kredite mehr bekommt, dann wird wohl auch dem Letzten klar: Das kann nicht klappen. Frankreich ist zu groß.

Wenn – im wahrsten Sinne des Wortes – der Fall Frankreichs ansteht, spätestens dann haben wir die Zuspitzung der Krise, die, wie es Schäuble schon gesagt hat, erforderlich ist, um die EU zu "reformieren". Er meint: den EU-Zentralstaat zu vollenden. Es wird Aufgabe der Zivilen Koalition sein, als zivilgesellschaftliche Widerstandsbewegung hier mit aller Macht dagegenzuhalten. Die Alternative für Deutschland im Bundestag wird massive Unterstützung aus der Breite der Zivilgesellschaft benötigen, um gegen den Block der Altparteien zu agieren. CDU, CSU, FDP, SPD, GRÜNE und auch LINKE: Alle wollen den EU-Superstaat. Machen wir uns da nur nichts vor.

Die Anzeichen für eine bevorstehende Zeitenwende werden immer sichtbarer. Frau Merkel dementiert z.T schon nicht mehr, was bislang tabu war: z.B. einen nächsten Schuldenschnitt

für Griechenland schließt sie nicht mehr kategorisch aus. "Ich sehe ihn nicht" heißt es nur noch. Wie ich oben schon sagte: Sie braucht eine Brille. Der Ministerpräsident von Malta, Joseph Muscat, drückt es in aller Ehrlichkeit, so aus: "Die EU ist bis zur Wahl im Wartezimmer".

Die Ratschläge, was zu tun ist, muten immer hilfloser an: Altkanzler Schmidt meint, angesichts der Schuldenkrise seien "Entschlußkraft und Opferbereitschaft dringend geboten." Und weiter: "Man muß sein Herz über die Hürde werfen – das gilt ganz gewiss auch für das Bundesverfassungsgericht." Man ist geneigt zu sagen: das Herz – vielleicht. Aber doch nicht das Hirn und die Verfassung. Die Verzweiflungsvorschläge werden immer abstruser, weil sich die Realität zwar eine bestimmte Zeit lang ignorieren läßt, nie aber auf Dauer auch die Konsequenzen. Deswegen:

Agieren wir gemeinsam als eine geschlossene Gruppe, eine zivile Koalition. Bündeln wir den außerparlamentarischen Widerstand. Organisieren wir die Gegenbewegung. Mobilisieren wir den zivilgesellschaftlichen Widerstand, damit unsere Interessen als Bürger dieses Landes auch im Parlament eine kraftvolle Stimme bekommen. Dafür trete ich an!

Ihre



Beatrix von Storch

P.S.

- Bitte unterschreiben Sie die beiliegende Postkarte an Ministerpräsident Seehofer. Wir wollen von ihm noch vor der bayerischen Landtagswahl am 15. 9. ein klares Bekenntnis FÜR ein EU-Referendum.

- Bitte unterstützen Sie heute mit Ihrer Spende unser Büro. Wir haben keinen Großspender und erhalten keine Steuermittel. Aber wir haben Strom-, Telefon- und Druck-, Programmier-, Hilfsarbeiter- und Graphikerkosten, Ausgaben für Büromiete, Computer, Drucker, Server, Faxgerät und vieles mehr. Jeden Monat. Wir benötigen dafür dringend IHRE Unterstützung: 25, 50, 75, ... Euro: Wenn SIE spenden, können wir unsere Arbeit fortsetzen. Danke!

Berlin, den 1. August 2013

Sehr geehrte

heute bitte ich Sie um eine ganz besonders wichtige Spende: Wir sind als Zivile Koalition e.V. ein professionell arbeitendes Büro. Nur so können wir der professionell arbeitenden Politik entgegentreten und der Stimme der Zivilgesellschaft Gehör und Gewicht verschaffen. Das bedeutet aber: Wir haben auch laufende Kosten. Telefon, Fax, Drucker, Kopierer, Computer: Die müssen regelmäßig gewartet, repariert oder auch ersetzt werden, so wie ganz aktuell der Drucker, der uns lange Jahre treue Dienste geleistet hat. Mitarbeiter und Hilfskräfte: 14 Personen arbeiten für die Zivile Koalition. Nur mit denen können wir etwas schaffen. Miete: Wir brauchen ein Büro. Weil der Vermieter uns unterstützt, ist unsere Miete reduziert. Aber es bleibt jeden Monat ein relevanter Betrag zu zahlen. Systemadministrator und Programmierer: 10 Computer, ein Netzwerk, eine mit allen verbundene Datenbank, diverse Internetseiten. Ohne unseren Systemadministrator wären wir immer wieder handlungsunfähig. Der Server: brauchte bei der Hitze der letzten Tage einen Ventilator. Der Serverraum drohte zu überhitzen... Usw. usw. Ich bitte Sie sehr herzlich, uns mit einer großzügigen Spende von 30, 50, 80, ... Euro die genannten Kosten tragen zu helfen. Wenn Sie heute spenden, können wir 3 Monate „sorgenfrei“ arbeiten. Danke!

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin bin ich Ihre

Beatrix von Storch

Beatrix von Storch

Überweisungsauftrag / Zahlschein

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts)

Bankleitzahl

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)
Zivile Koalition e.V.

Kont-Nr. des Begünstigten
3 150200

Dieser Beleg wird maschinell verarbeitet.
Zusätzliche Angaben sowie Änderungen
der vordruckten Daten sind nicht möglich.

Bankleitzahl
10020500

Kreditinstitut des Begünstigten
Bank für Sozialwirtschaft



Kunden-Referenznummer Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)

noch Verwendungszweck insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen

Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Konto-Nr. des Auftraggebers

Beleg/Quittung für den Auftraggeber

Empfänger
Zivile Koalition e.V.
Zionskirchstr. 3
10119 Berlin

Kontonummer
3 150200

bei (Kreditinstitut)
Bank für Sozialwirtschaft

Verwendungszweck
SPENDE EUR

Auftraggeber/Einzahler (genaue Anschrift)

Datum, Unterschrift

Erklärungen siehe Rückseite

Folgende Personen sind an der Zivilen Koalition interessiert
(Angaben bitte in Druckschrift)

Name, Vorname _____
Straße, PLZ, Ort _____
E-Mail _____

Name, Vorname _____
Straße, PLZ, Ort _____
E-Mail _____

Name, Vorname _____
Straße, PLZ, Ort _____
E-Mail _____

Name, Vorname _____
Straße, PLZ, Ort _____
E-Mail _____

Name, Vorname _____
Straße, PLZ, Ort _____
E-Mail _____

Name, Vorname _____
Straße, PLZ, Ort _____
E-Mail _____

Bei Fax-Antwort (030 - 37 70 6264) geben Sie bitte Ihren Namen an:

Vorname, Name des Empfehlenden: _____

Straße, Ort: _____

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne des § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen.

Die Zivile Koalition e.V. ist wegen Förderung der Wissenschaft und des Schutzes von Ehe und Familien durch Bescheinigung des Finanzamtes für Körperschaften I (St.-Nr. 27 /682 / 50593) nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes vom 01.01.2011 bis 31.12.2014 von der Körperschaftsteuer befreit.

Bei Spenden bis einschließlich EUR 200,00 gilt der von Ihrer Bank/Sparkasse oder vom Postamt abgestempelte Quittungsabschnitt "Beleg/Quittung für den Auftraggeber" (umstehend) als Zuwendungsbestätigung zur Vorlage beim Finanzamt. Sollten Sie bei Spenden bis EUR 200,00 eine besondere Zuwendung wünschen, dann teilen Sie uns dies bitte mit. Bei Spenden über 200,00 wird Ihnen von uns automatisch eine Zuwendungsbestätigung zugesandt. Im Allgemeinen geschieht dies zum Quartalsende.